

"Empörendes Dreinhauen", "innere Aufgewühltheit" : die Ungarn-Krise in der deutschsprachigen Bündner Tagespresse

Autor(en): **Florin, Mario**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur**

Band (Jahr): - **(2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-398882>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Beiträge

«Empörendes Dreinhauen», «innere Aufgewühltheit»

Die Ungarn-Krise in der deutschsprachigen Bündner Tagespresse

Mario Florin

Thema dieser Arbeit ist die *Rezeption der Ereignisse in Ungarn* 1956 in den Kommentaren der drei Bündner Tageszeitungen Neue Bündner Zeitung – «Unabhängig demokratisches Organ» (NBZ), Der Freie Rätier – «Freisinnige Tageszeitung für Graubünden» (FR) und Bündner Tagblatt – «Organ der konservativen Volkspartei von Graubünden» (BT) im Zeitraum vom Tag des Aufstandes (23. Oktober) bis Ende Jahr. Also *nicht die Ereignisse selbst*; der Wahrheitsgehalt der von den Zeitungen verbreiteten Informationen steht hier nicht zur Diskussion.

Obwohl es sich bei den drei Zeitungen um die Organe dreier Parteien handelt, überwiegen in den Kommentaren die Gemeinsamkeiten. Aus diesem Grunde werden die Kommentare nicht separat dargestellt. Die Arbeit besteht im Wesentlichen aus Zitaten, die zu zehn «Beobachtungen» geordnet wurden. Eine zusammenfassende Wertung findet sich am Schluss des Textes.

Erste Beobachtung: Die Meldungen über russische Gräueltaten wecken tiefe Emotionen, von welchen sich die Redaktoren in ihrer Berichterstattung sehr stark leiten lassen.

Wir wissen natürlich nicht, wie die Redaktionen mit den Meldungen der Agenturen verfahren, aber man hat den Eindruck, dass sie ihnen unterschiedslos Glauben schenkten. Tatsächlich berichten sie von wirklich grauenhaften Verbrechen der Besetzer.

Die Berliner Zeitung B.Z. veröffentlichte am Freitag einen Augenzeugenbericht eines in Wien eingetroffenen Schweizer Geschäftsmannes, der erklärte, er habe gesehen, wie sowje-

tische Truppen ungarische Soldaten und Zivilisten in den Strassen der Stadt Budapest erhängten. Ebenso hätten jedoch auch Aufständische gefangene Rotarmisten aufgehängt. Der von seinen Eindrücken noch erschütterte Schweizer habe unter anderem erklärt: «Die Russen haben ein Schreckensregime eingeführt. Es war entsetzlich. Heute (Donnerstagvormittag), bevor ich Budapest verliess, sah ich entlang dem Donauufer Reihen von Gehenkten. Soldaten und Zivilisten wurden öffentlich hingerichtet. Ich zählte mindestens 20 an Flaggenmasten und Strassenlampen hängende Hingerichtete. Die Menschen wurden an Ort und Stelle zusammengetrieben und erschossen oder aufgehängt, andere wurden in Lastwagen weggeführt. In den von Sowjetsoldaten besetzten Stadtgebieten wurden Einwohner, darunter auch Frauen und Kinder, zusammengetrieben und mit Maschinengewehren niedergemäht. Während der Kämpfe wurden Menschen vom vierten Stock des Budapester Radiogebäudes in die Strassen hinuntergeworfen.» (NBZ 27. Oktober)

Was wir in Magyarovar sahen, kann nicht beschrieben werden. Ein Inferno muss sich dort vor wenigen Stunden abgespielt haben, das auszudenken unmenschlich ist. Kaum hatte sich die Meldung vom Aufstand in Budapest verbreitet, als die Bevölkerung von Magyarovar sich auf den Strassen sammelte. Ohne Waffen, nur mit der Fahne, aus der der rote Stern entfernt worden war, zogen Kinder, Frauen und Männer in einer grossen Reihe vor das Gebäude der Sicherheitspolizei, um die Organe aufzufordern, sich anzuschliessen. Eine Frau trat hervor und verlangte von einem Offizier die Sowjetfahne. Und nun geschah das Entsetzliche: der Offizier umarmte die Frau mit der einen Hand – die Menge jubelte – und mit der anderen Hand schleuderte er eine Handgranate in die Menge. Seine vier Kollegen fingen nun an wie die Irrsinnigen wahllos in den Menschenhaufen hineinzuschiessen. Eine Gruppe nach der andern fiel getroffen zu Boden und wälzte sich im Blut; aber kein einziger flüchtete. Siebenundachtzig Menschen fielen in wenigen Sekunden dem grausamen Gemetzel zum Opfer, bis die fünf Verbrecher der AVO, der Staatssicherheitspolizei, überwältigt worden waren. Sie wurden buchstäblich gelyncht und zertreten. Als wir nach Magyarovar kamen, baumelten sie noch an den Laternen über den Leichen der Märtyrer, die regungslos auf der Strasse lagen. (FR 7. November)

Den Redaktoren ist durchaus bewusst, dass ihre Berichterstattung stark von ihren Emotionen geprägt wird; sie halten dies aber für berechtigt und können und wollen nicht versuchen, mehr Distanz zu gewinnen.

Es hält schwer, angesichts des empörenden Dreinhauens der sowjetischen Besatzungsmacht sich einer nüchternen Betrachtungsweise zu befleissen und nach Erklärungen zu suchen. (BT 5. November)

Seit den gefährvollen Tagen des Zweiten Weltkrieges, da wir um das Schicksal des eigenen Landes bangen mussten, erlebten wir eine ähnliche innere Aufgewühltheit nicht mehr. (FR 24. November)

Zweite Beobachtung: In den Augen der Redaktoren ist der Ungarn-Aufstand ein Kampf um die Befreiung vom kommunistischen Joch, um die nationale Souveränität und um materielle Besserstellung.

Zu den höchsten Gütern des Menschen gehört die Freiheit, die so viele als etwas Selbstverständliches hinnehmen oder in ihrer Satttheit gar gering achten. Ihr wahrer Wert wird erst denen voll bewusst, die sie verloren haben. Um so erhebender ist es, wenn in einem Volk, das sich jahrelang in scheinbar dumpfer Resignation vor der brutalen Gewalt eigener und fremder Tyrannen beugte, der Ruf nach Freiheit urplötzlich wieder laut und immer lauter wird, bis er schliesslich mit elementarer Wucht die Massen erfasst. (NBZ 26. Oktober)

Der Schrei ging nach Freiheit. Und da es unter kommunistischer Herrschaft keine Freiheit gibt, so erhob sich das ungarische Volk nicht gegen den oder jenen ungarischen Kommunistenboss, sondern gegen den Kommunismus als solchen. (NBZ 31. Dezember)

Der Ungarnaufstand und die Invasion der sowjetischen Truppen wird auch als Beweis dafür angesehen, dass der Kommunismus nicht funktionieren kann. Um die Kluft zwischen «kommunistischer Theorie» und «roter Wirklichkeit» nachzuweisen, zitiert ein Kommentator im Tagblatt Stellen aus dem «offiziellen Lehrbuch der Sowjets», «Politische Ökonomie», das in der ostdeutschen Volksdemokratie in der Riesenaufgabe von 300'000 Exemplaren erschienen und – bei 700 Seiten Umfang – für 3 Mark zu kaufen sei.

«Während in den kapitalistischen Ländern die Produktion dem räuberischen Gesetz der Erzielung des Maximalprofits untergeordnet ist, das die Werktätigen zu Ruin, Elend, Arbeitslosigkeit und Hunger verurteilt und sie in blutige Kriege stürzt, ist in der sozialistischen (lies kommunistischen!) Gesellschaft die Produktion den Interessen des Menschen, der Befriedigung seiner wachsenden Bedürfnisse untergeordnet».

Was bezeugt uns aber die nackte Wirklichkeit, die in Ungarn, in Polen, in Ostdeutschland in Arbeiteraufständen, in blutigen Revolutionen offenbar geworden ist! Würden sich diese Arbeiter in einem Verzweiflungskampf auf Leben und Tod gegen das Regime erheben, wenn ihren Bedürfnissen auch nur in der dringendsten Notwendigkeit Rechnung getragen würde? Die ungarische Revolution hat diese Phrasen Lügen gestraft! (BT 29. November)

Usw., usf. – die grosssprecherischen Zitate aus dem Lehrbuch machen es dem Autor allerdings einfach, die «kommunistische Theorie» zu entlarven.

Dritte Beobachtung: Dass die Kämpfenden keine homogene Gruppe sein und darum unterschiedliche Ziele verfolgen könnten, wird nie bedacht.

Dass mindestens Teile der Kämpfenden auch weniger edle Motive als die Freiheit haben könnten, wird nicht in Betracht gezogen – und noch weniger, dass sie gar den Sozialismus verbessern möchten. Einige wenige Artikel in der Neuen Bündner Zeitung, die die Verhältnisse etwas differenzierter beschreiben, bilden die Ausnahme, die die Regel bestätigen. Sie gehen aber im allgemeinen Tenor unter; die in ihnen formulierten Gedanken werden von der Redaktion nicht weiter verfolgt:

Leider sind sich die verschiedenen Befreiungsbewegungen nur einig in der Ablehnung der verhassten fremden Tyrannei und Ausbeutung. Dagegen gehen die Ansichten über die Gestaltung der Zukunft weit auseinander. Besonders scharf ist der Gegensatz zwischen den Befürwortern eines national-kommunistischen Staates jugoslawisch-polnischer Prägung und den Antikommunisten, die Ungarn um jeden Preis eine Regierung nach westlichem Vorbild geben wollen. Die unverhohlene Aggressivität der Antikommunisten birgt die Gefahr eines das ganze Land erfassenden Bürgerkrieges sowie

einer erneuten Anlehnung der Tito bzw. Nagy-Kommunisten an Russland in sich. (NBZ 2. November)

Zwar liest man im Nachrichtenteil der NBZ von der Bildung von Arbeiterräten («Das ebenfalls veröffentlichte Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften sieht die Einsetzung von Arbeiterräten und die radikale Umbildung des zentralen Planungssystems des Staates vor.» NBZ 27. Oktober), doch interessiert sich die Redaktion nicht für deren Anliegen. Eine Ausnahme macht der Artikel eines «der Gewerkschaftsbewegung nahestehenden Journalisten»:

Man darf von einer Grundhaltung [Wunsch nach Freiheit, sozialer Demokratie und Menschenwürde, M.F.] des ungarischen Volkes sprechen, ohne die Binsenwahrheit zu übersehen, dass auch in Ungarn Kräfte der Reaktion auf der Lauer liegen, um zu gegebener Zeit – sofern sie das Vermögen – das Volk um einen Teil des Erfolges dieses Freiheitskampfes zu prellen ...

Die ungarischen Betriebsarbeiter wollen die von ihnen erwählten und die durch sie auch wieder absetzbaren Arbeiterräte amten sehen. Sie wollen diesen Arbeiterräten ihres Vertrauens das Schicksal ihrer Industrieunternehmungen weitgehend anvertraut wissen. Die ungarischen Betriebsarbeiter wollen mehr. Sie wollen der Macht korrupter Diktatur ihre Demokratie der Arbeiterräte im ganzen Ungarlande entgegenstellen. (NBZ 14. Dezember)

Vierte Beobachtung: Die «friedliche Koexistenz» wird als Propagandatricks Moskaus entlarvt, auf den man nicht wieder hereinfallen wird.

So zum Beispiel in einer Resolution der Konservativen Volkspartei der Schweiz:

Der Versuch der Niederwerfung der nationalen Erhebung der Ungarn durch die Sowjetarmee mit Gewalt und Terror, Hinterlist und Verrat hat die kommunistischen Propagandathesen «friedliche Koexistenz», «Entstalinisierung», «Nichteinmischung», «Entspannung» als verlogene Täuschungsmanöver erwiesen. Die durch sie ausgelöste Aufweichung ist als die für den Westen tödliche Gefahr erkannt. (BT 19. November)

Einige Kommentatoren weisen nun darauf hin, dass sie schon immer vor der «friedlichen Koexistenz» gewarnt haben; etwa Willy Bretscher, Chefredaktor der NZZ, freisinniger Nationalrat und Vizepräsident der Liberalen Weltunion, die «in einer für das Schicksal der Freiheit kritischen Zeit ihr politisches Wächteramt wohl versehen» habe:

Sie scheute sich in der Phase einer trügerischen, weil bloss äusserlichen «Entspannung» nicht, auf das Fortbestehen des grossen ideologischen Konflikts und auf die Fragwürdigkeit einer alle wichtigen Probleme in der Schwebe lassenden «Koexistenz» hinzuweisen, und sie nahm ohne Zaudern das Risiko auf sich, um dieser klaren grundsätzlichen Haltung willen nicht nur von den Kommunisten und ihren zugewandten Orten, sondern auch von vielen ruhebedürftigen Bürgern zum letzten Mohikaner des längst erledigten Kalten Krieges gestempelt zu werden. Wenn die Euphorie der «Entspannung» und der Wunschglaube an die «friedliche Koexistenz» im Westen nicht hemmungslos überbordeten, so darf der internationalen Organisation der Liberalen und ihren richtungweisenden Kundgebungen ein wesentliches Verdienst an der Eindämmung jener Stimmungen und damit an der Verhinderung einer gefährlichen Entwicklung zugeschrieben werden. (FR 28. November)

Auch das Bündner Tagblatt hat seinen «Mann, der dies alles voraussah»:

Bei all diesen Erwägungen steigt die Erinnerung an jenen 17. September 1934 herauf, an welchem unser damaliger Ausenminister Giuseppe Motta in der Genfer Völkerbundsversammlung seine berühmte Rede gegen die Aufnahme der Sowjetunion hielt. Er sagte, dass der russische Kommunismus alle unsere Grundsätze der Menschenwürde, des Staatsbegriffs, der Gesellschaftsmoral, der Freiheit und der internationalen Politik verleugne, dass er eine ständige Bedrohung des europäischen Gleichgewichts bedeute, dass er die Weltrevolution zu seinem Programm gemacht habe und dass deshalb eine diplomatische Zusammenarbeit mit ihm nicht in Frage kommen könne.

Damals – und noch lange nachher – wurde Motta wegen dieses mutigen Wortes von den Klüngeln der Linkskreise aller Schattierungen angepöbelt und begeifert. Heute muss jeder mit beklemmendem Erstaunen die beinahe hellse-

herisch anmutende Kraft dieses Mannes zugeben und feststellen, dass jedes, aber auch jedes einzelne seiner Argumente sich bis in die letzten und grausamsten Folgen bewahrheitet hat. (BT 15. November)

Fünfte Beobachtung: Die Kommentatoren fordern, dass sich der Westen militärisch und ideologisch aufrüste, um seine Werte im Kampf gegen den Kommunismus zu verteidigen.

Die Phase der naiven Vertrauensseligkeit der friedlichen Koexistenz ist zu Ende. Willy Bretscher ruft zum totalen Abwehrkampf auf, der nicht nur ein militärischer, sondern auch ein ideologischer Kampf zu sein hat:

Vor allem sollte der Westen jetzt von dem Wahn kuriert sein, dass eine totale Bedrohung mit partiellen Abwehrmassnahmen beschworen werden könne; er hat zu erkennen und nach der Erkenntnis zu handeln, dass dem Sowjetkommunismus in allen seinen Erscheinungsformen – als politische und militärische Macht, als militante Sozialreligion, als Bewegung und Methode des Umsturzes – eine entsprechende Rüstung und Abwehr gegenübergestellt werden muss. (FR 15. November)

Das Tagblatt (bzw. die Konservative Volkspartei in einer Resolution vom 18. November) sieht diesen Abwehrkampf vor allem in einer flächendeckenden Verbreitung des Christentums:

«Auch wir Schweizer tragen unsern Teil an der Verantwortung und Verpflichtung Europas, die ewigen Worte [wohl: Werte, M.F.] des christlichen Abendlandes, des christlichen Glaubens und der aus diesem Glauben geformten Kultur mit allen Mitteln vor der geistigen, politischen und militärischen Gewalt des Kommunismus zu schützen und das christliche Gedankengut auf allen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens zum Durchbruch zu bringen. Die Erfahrungen der Nachkriegsjahre haben bewiesen, und die Ereignisse in Ungarn haben es bestätigt, dass nur das Christentum Damm gegen den Kommunismus sein kann.» (BT 19. November)

Sechste Beobachtung: Die Kommentatoren sind sich einig darin, dass der Westen an den Ereignissen in Ungarn schuldig geworden ist.

Gemeint sind hier insbesondere die Franzosen und Briten, die mit ihrer Politik gegenüber Ägypten (Suezkrise) der Sowjetunion den Einmarsch erleichterten.

Im Westen aber mischt sich in die Bestürzung über den neuerlichen Sieg der Mächte der Finsternis das beklemmende Gefühl einer schweren Mitschuld. Vieles spricht in der Tat dafür, dass es die britisch-französische Intervention in Ägypten war, die den Kreml bewog oder es ihm wenigstens erleichterte, durch einen Gewaltstreich das Rad der Geschichte in Ungarn zurückzudrehen und diesem wiederum seinen Willen aufzuzwingen. Auf jeden Fall kommt im Westen als Folge des britisch-französischen Vorgehens zur militärischen und politischen nun auch noch die moralische Ohnmacht, die Unfähigkeit, das Weltgewissen wirksam zu mobilisieren. ... (NBZ 5. November)

Wir wagen die Meinung, dass der Westen an dieser Entwicklung und besonders an der ungarischen Tragödie nicht unschuldig ist. Gewiss, der Westen hat all die Jahre jede Gelegenheit benützt, um die rote Diktatur mitsamt ihrer Staatsdoktrin und ihren Barbarenmethoden volltönend zu verurteilen. Zu gleicher Zeit aber liess er einen unaufhörlichen und würdelosen Strom von Prozessionen verzückter Russlandfahrer nach Osten fließen. (BT 15. November)

Siebte Beobachtung: Einig sind sich die Kommentatoren auch darin, dass die bisher geübte passive Neutralität, also das Abseitsstehen vom Weltgeschehen, der historischen Situation nicht angemessen sei. Die Schweiz müsse vielmehr versuchen, einen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens zu leisten, also eine Politik der aktiven Neutralität zu betreiben.

Die Welt wird zu der Zeit ja nicht nur von den Ereignissen in Ungarn, sondern auch von der Suezkrise in Atem gehalten. Man hat Angst vor einem neuen Krieg. Die Initiative des Bundesrates, die UNO, die USA, Frankreich, Grossbritannien, Indien und die Sowjetunion in einem Telegramm zu einer gemeinsamen Konferenz zur Sicherung des Weltfriedens aufzufordern, wird

im Allgemeinen positiv notiert. Unter dem Druck der Ereignisse sei es richtig, die Neutralität nicht allzu eng zu deuten:

Mit diesem Telegramm ergreift der Bundesrat eine erfreuliche Initiative, die einem Geist der aktiven Neutralitätspolitik und der innersten schweizerischen Haltung entspricht. Zwischen den Machtblöcken stehend, fern der Machtpolitik, kann unser Land als Insel im Weltgetümmel den Ort abgeben, an dem die Regierungen zur Besinnung kommen können, in Kontakt treten können, um im persönlichen Gespräch die Konflikte zu überbrücken. (NBZ 7. November)

Der Freie Rätier zitiert Passagen aus der Ansprache des Bundespräsidenten Feldmann vor der Auslandspresse:

«Die Schweiz als Kleinstaat muss sich frei halten von jedem anmassenden Anspruch, in weltpolitischen Fragen irgendwie massgebend oder gar entscheidend mitzureden. Aber Neutralität heisst nicht: Passives Hinnehmen aller nur möglichen Entwicklungen. Die Schweiz kann, soviel an ihr liegt, Möglichkeiten bieten, auf dem Wege von Verhandlungen die Lösung brennender internationaler Probleme anzustreben, und sie soll es tun.» (FR 8. November)

Achte Beobachtung: Die empörte Volksseele fordert den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. Obwohl die Kommentatoren viel Verständnis und Sympathie für diese Forderung aufbringen, halten sie es für notwendig, ihr aus staatspolitischen Gründen zu widersprechen.

Dieser und der in der zehnten Beobachtung erwähnte sind die einzigen Punkte, in welchen sich die drei Zeitungen gegen die Erwartungen der Leserschaft wenden.

Der Abbruch wäre eine Demonstration für die Menschlichkeit und gegen ein teuflisches System gerichtet, das sich ausserhalb aller menschlichen Beziehungen gestellt hat. ... Aber unsere Regierung hält doch mit der Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen in diesen Stunden, da alles Geschehen an einem dünnen Faden zu hängen scheint, diesen Faden noch fest. Man hat noch die leise Hoffnung, dass selbst der scheinbar unabwendbare Lauf der Dinge gewendet werden könnte, wenn in einem Gespräch auf höchster Ebene Fraktur gesprochen wird. Voraussetzung für eine solche Sprache ist allerdings, dass sie hinter verschlossener

Türe geführt wird. Nur dort wird sie – allenfalls – angehört.
(BT 10. November)

Die Anregung des schweizerischen Bundesrates auf Einberufung einer Konferenz auf höchster Ebene hat bei den Grossmächten im Allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden. Die eingeleitete Unterschriftensammlung, die vom Bundesrat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen fordert, steht zu dieser Vermittlungsaktion im Widerspruch. Auch wenn man die Beweggründe dieser Petition als durchaus beachtenswert anerkennt, möchte man doch wünschen, dass die Idee nicht weiter vorangetrieben wird. In der Rolle der traditionellen Neutralität unseres Landes liegt auch die Aufgabe begründet, die guten Dienste als Vermittler und nötigenfalls als Schutzmacht auszuüben, die nicht mehr geleistet werden können, wenn die Beziehungen zur einen Partei abgebrochen sind. Man überlasse also die aussenpolitische Führung vertrauensvoll dem schweizerischen Ausenminister und der Landesregierung, die sich über ihre Umsicht und Voraussicht schon in manchen Situationen ausgewiesen haben. (FR 8. November)

Neunte Beobachtung: Hingegen wissen sich die Kommentatoren mit dem Volksempfinden in Übereinstimmung, wenn es um die Schweizer Kommunisten geht: Ihnen gegenüber wird nicht diplomatische Zurückhaltung geübt.

Alle Organisationen und Personen, die jemals in Beziehung zur Sowjetunion standen, werden verdächtigt. Das gilt in erster Linie für die Mitglieder der Partei der Arbeit, dann aber auch für verschiedene Organisationen, denen man vorwirft, verdeckte Ableger der Kommunisten zu sein. Mitglieder der PdA bleiben verdächtig, auch wenn sie aus der Partei ausgetreten sind:

Das [die Entrüstung des Schweizervolkes] mag nicht wenige jener PdAsten, die bisher jedes Verbrechen und jede Untat des Weltkommunismus gedeckt und unterstützt, bewogen haben, das sinkende Schiff offiziell zu verlassen, ohne natürlich eine wirkliche geistige Abwendung vom wahren Schuldigen, dem Marxismus-Leninismus, durchzuführen. ... Man tut gut daran, die Haltung all dieser getarnt kommunistischen Bewegungen und ihrer einst laut schreienden Mitläufer im Zusammenhang mit den kommunistischen Ver-

brechen in Ungarn festzuhalten. Denn zweifellos wird angesichts der schweren Krise, die die kommunistische Partei selbst angesichts der ungarischen Tragödie erfasst hat, in den kommenden Monaten den getarnten Hilfskolonnen des Kommunismus die Aufgabe zuteil werden, ... auf dem Umwege über getarnte Helfershelfer die restlose Isolierung des Kommunismus langsam wieder abzubauen. (NBZ 13. November)

Kommunisten stehen immer unter Verdacht, als Parteimitglieder sowieso und als ausgetretene Mitglieder ebenfalls, weil sie es ja nicht ernst meinen. Und Kulturschaffende aus Diktaturen sind fortan als Vertreter von Diktaturen zu betrachten:

Der kulturelle Austausch zwischen den Völkern ist als ein sehr wesentliches Mittel der Verständigung und damit der Freundschaft unbestritten. Über die Kultur kommen die Völker sich näher, über die Politik bestenfalls die Politiker.

Das Bild änderte sich mit einem Schlage. Die furchtbaren Ereignisse in Ungarn liessen in den Herzen der freien Menschen keinen Raum mehr für die Aufnahmebereitschaft der – unbestrittenen – künstlerischen Leistungen von Vertretern eines Landes, dessen Politiker über Ungarn mitten im «Frieden» die Furien des Krieges losgelassen hatten. Wer möchte heute noch das Bolschoi-Balet sehen! ...

Ein schöner Traum ging zu Ende, aber eine wichtige Erkenntnis kann daraus wachsen: Es zeigt sich, dass die Künstler einer Diktatur immer auch Politiker sind, weil ihre künstlerischen Leistungen immer auch als politische «Facts» gewertet werden, einerlei ob sie eine politische Aussage enthalten oder eine ganz unpolitische, rein musische Darbietung sind. Jeder kulturelle Beitrag einer Diktatur ist ein Stück von ihr, ein Mittel zur Infiltration, zur psychologischen Beeinflussung, zur Aufweichung fester Fronten zugunsten des Regimes, kurz eine fünfte Kolonne. (BT 5. Dezember)

Die Kommentatoren halten sich nun auch für legitimiert, Personen und Organisationen der Linken Vorschriften zu machen:

In erster Linie betreffen sie [die Konsequenzen aus der Invasion] sicherlich die Kommunisten und ihre Mitläufer, die nun eine Gnadenfrist erhalten, um endlich umzukehren. Von irgendwelchen russisch-schweizerischen Manifestationen wird auf lange Zeit hinaus keine Rede sein können. Die Partei der Arbeit hat allen Grund, sich zu verstecken; sollte sie es wagen,

wieder hervorzutreten, so würde sie einer Grundwelle der Ablehnung und Verachtung seitens des Schweizervolkes begegnen. Es wird im Volke sehr stark beachtet werden, was die Woog und Bodenmann [zwei prominente Vertreter der PdA] in der kommenden Wintersession der eidgenössischen Räte zu unternehmen gedenken und welche Aufnahme ihnen die Räte bereiten, wenn die kommunistische Agitation im Ratssaal wieder aufgenommen werden sollte. (FR 17. November)

Die Säuberungsprozesse gegen kommunistische Infiltration in Verbänden und politischen Gruppierungen nehmen ihren Fortgang. Einen klaren Trennungsstrich hat nun endlich auch die Geschäftsleitung des Touristenvereins «Die Naturfreunde» gezogen, die ihrer Entrüstung über die Haltung der PdA gegenüber der Vergewaltigung Ungarns Ausdruck gibt. Wichtiger als diese bewegliche Klage sind die konkreten Beschlüsse: wer seine Beziehungen zur PdA «nach dieser Demaskierung» nicht völlig abbricht, ist für keine Charge als Funktionär in der Naturfreundebewegung mehr tragbar. Die betreffenden Funktionäre haben sich bis zum 15. Dezember über den Abbruch dieser Beziehungen auszuweisen oder ihre Tätigkeit bei den «Naturfreunden» einzustellen. Nach diesem Termin wird gegen Widerspenstige das Ausschlussverfahren eingeleitet. Auch gegen gewöhnliche Mitglieder können Massnahmen ergriffen werden, wenn sie durch ihre Beziehungen zur PdA das Ansehen der «Naturfreunde» in der Öffentlichkeit schädigen. (FR 23. November)

Zehnte Beobachtung: Aus der Invasion der Russen in Ungarn wird, sehr direkt und unreflektiert, abgeleitet, dass auch die Schweiz in Gefahr sei. Als Konsequenz wird der Ausbau der Landesverteidigung gefordert.

Die Angst vor einer Invasion in die Schweiz nimmt zuweilen hysterische Züge an: Es kommt zu Hamsterkäufen, und in den Strassen Berns unterrichten Studenten harmlose Bürger in der Herstellung von Molotov-Cocktails. Die nahe liegende Frage, ob die Sowjetunion sich nicht mit dem zufrieden geben könnte, was sie als ihren Einflussbereich oder ihre «Pufferzone» betrachtet, wird nicht gestellt, ebenso wenig die Frage, ob eine Invasion in weiter im Westen liegende Länder für die Sowjetunion möglich oder sinnvoll wäre. Dafür wird umso intensiver darüber dis-

kutiert, welche Waffen sich für die Schweizer Armee am besten zur Abwehr eignen würden.

In unserem Lande müssen die Wachsamkeit gegen die kommunistische Infiltration und die Massnahmen der Landesverteidigung zur Abwehr der kommunistischen Bedrohung von aussen verstärkt werden. Der Panzerabwehr ist nach den Erfahrungen in Ungarn besondere Aufmerksamkeit zu schenken. (Resolution der Konservativen Volkspartei, BT 19. November)

Auf die tragischen Ereignisse in Ungarn reagiert das Schweizervolk einhellig mit der Forderung, die militärische Landesverteidigung zu verstärken, wobei das Primat den panzerbrechenden Waffen zustehen soll. In einem Postulat ist der Bundesrat aufgefordert worden, zu prüfen, welche Vorkehren in Organisation und Ausbildung getroffen werden können, um den «totalen Volkswiderstand» gegebenenfalls über die Feldarmee hinaus aufzunehmen und zu sichern. So sollte die Bevölkerung mit den «Molotov-Cocktails» vertraut gemacht werden, die sich in Budapest einmal mehr als ausserordentlich wirksam in der Panzervernichtung erwiesen haben. (BT 8. Dezember)

Einige Forderungen gehen aber auch den Redaktoren der Bündner Presse zu weit:

Dagegen haben jene Offiziersgesellschaften, die sich von allem Anfang an auf die Seite der Panzerspezialisten geschlagen haben, sofort eine massive Vermehrung der eigenen Panzerwaffe gefordert. Wer die Ereignisse in Ungarn unvoreingenommen verfolgte, fragte sich allerdings mit etwelchem Erstaunen, weshalb daraus gerade diese Forderung abgeleitet wurde. Die Ereignisse sprachen doch weit mehr für eine Verfeinerung des Panzerabwehrkampfes, für die Schaffung und dezentralisierte Abgabe von Bekämpfungsmitteln, die in den kleinsten Verbänden der Armee eine wirksame Abwehr und Vernichtung einmal eingebrochener Panzer versprechen. (NBZ 11. Dezember)

Eine persönliche Bewertung

Die grosse Empörung, die das Land und mit ihm die Zeitungen erfasste (und die von diesen immer wieder neu angefacht wurde), ebnete fast alle Unterschiede zwischen den Zeitungen ein. Ob das Bündner Tagblatt die Ereignisse aus katholischer Warte beurteilte oder Der Freie Rätier aus liberaler, die Beurteilung blieb sich im Wesentlichen gleich. Gegen die damals herrschende Interpretation der Ereignisse anzuschreiben hätte den Tod der Zeitung und den Verlust der Reputation der Redaktoren bedeutet. Und wogegen hätte man anschreiben können und sollen? Der Überfall der Sowjetunion war aus demokratischer Sicht nicht zu rechtfertigen. Die Rechtfertigungsversuche der Schweizer Kommunisten konnte nur akzeptieren, wer sich mit der Politik der Sowjetunion identifizierte und darüber hinweg sah, dass auch diese Politik Grossmachtpolitik war – ebenso wie die Politik Englands und Frankreichs gegenüber Ägypten in der Suezkrise. Am ehesten bereit, bürgerliche Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen, war die Neue Bündner Zeitung, wie etwa ein Kommentar mit dem Titel «Auch die kritische Stimme klingt schweizerisch!» zeigt, der am 25. Oktober erschien, also an jenem Tag, an dem zum ersten Mal über den «blutigen Aufstand in Ungarn» berichtet wurde. Der Kommentator wehrte sich dagegen, dass jede Kritik am Militär als unschweizerisch gebrandmarkt werde:

Hier muss einmal offen gesagt werden: In zunehmendem Masse wird von gewisser Seite versucht, die allgemein gültige «Gleichung» herbeizuführen: Wer mit allem einverstanden ist, was im militärischen Sektor geplant und durchgeführt wird, erhält die Ehrenmeldung gutschweizerischer Gesinnung. Wer irgendwie und irgendwo Kritik übt, wird des Defaitismus bezichtigt, ist ein Träger des kommunistischen Seuchebazillus. (NBZ 25. Oktober)

Doch auch die Neue Bündner Zeitung liess sich sehr schnell von der grossen Empörungswelle davon tragen. Auch sie war – abgesehen von wenigen Ausnahmen – weder gewillt noch fähig, den grossen patriotischen Konsens zu hinterfragen.

Empörung über Ungerechtigkeit ist zweifellos eine positive politische Kraft und die Voraussetzung zur Änderung schlechter Verhältnisse; sie kann aber auch – und das scheint mir die «Lehre» aus meiner Lektüre der drei Zeitungen – zu Selbstgerechtigkeit und Gedankenlosigkeit (oder mindestens zu schnell gefällten Urteilen) führen, ohne dass es die Betroffenen merken.

Einige Fragen hätte man doch stellen müssen, z.B.: Wie ging die Schweiz in den letzten 50 Jahren mit Situationen um, in welchen sich Menschen gegen die Staatsgewalt stellten (z.B. in Streiks)? War die Angst vor einem russischen Einmarsch in die Schweiz wirklich berechtigt? Was bedeutet es für eine Gesellschaft oder auch für Einzelne, wenn sie Gut und Böse so klar verteilen? Was für ein Menschenbild vertritt man, indem man von einem Menschen, der aus der PdA ausgetreten ist, grundsätzlich annimmt, er habe dies nur gegen aussen getan? Sind nur Antikommunisten lernfähig? – Wie das Freund-Feind-Schema zu Fehleinschätzungen führt, macht uns gegenwärtig die US-Regierung vor. Gegenüber den Schweizer Kommunisten verhielten sich die drei Bündner Zeitungen wenig zimperlich. Dass auch diese Haltung noch zu überbieten war, sieht man an der Neuen Zürcher Zeitung, die in unausgesprochenem Einverständnis über die Äusserungen des Zürcher Volkszorns berichtete und – natürlich nicht direkt – zu Aktionen aufrief:

Seit Montag sind Woog und Lechleiter, die beiden Hauptvertreter der stalinistischen Richtung, der wachsenden Empörung der Bevölkerung ausgesetzt. Vor Woogs Wohnung versammelte sich am Montagabend ein Gruppe von 50 Demonstranten; Woog war aber nicht zu Hause. Am Dienstag zogen Sekundarschüler nach Schulschluss vor seine Wohnung, läuteten ihn heraus und forderten ihn auf, die Schweiz zu verlassen und nach Moskau zu gehen. Woog hat es dann vorgezogen, den Schauplatz zu räumen und sich für einige Zeit nicht mehr zu zeigen. (NZZ 12. November)

Woog und Bodenmann sind «untergetaucht», um den unbequemen Fragen an der Wohnungstüre und am Telephon zu entgehen. Vielleicht kann an ihrer Stelle Dr. Konrad Farner Auskunft geben; er ist jetzt zurück aus Berlin und wohnt in Thalwil an der Mühlebachstrasse 11. (NZZ 13. November)

Dass die Bündner Presse sich nicht zu solchen Aufforderungen zur Artikulation des gesunden Volksempfindens hinreissen liess, ist wohl der Distanz (in Kilometern) zum Geschehen zu verdanken. Der Freie Rätier jedenfalls fand an den Vorgängen in Thalwil nichts auszusetzen:

Er [Konrad Farner] wohnte in Thalwil, was den Thalwilern als Schandfleck vorkam. Sie griffen zur Selbsthilfe ohne Gewaltanwendung. Sie hängten Plakate aus und befestigten dem Hause des Kommunisten Farner gegenüber eine grosse

ungarische Fahne mit Trauerflor. Der wartete die weitere Entwicklung der Dinge nicht ab, sondern verliess sein Heim im Autor eines «Vorwärts»-Mitarbeiters und ist seither untergetaucht. Ihm wäre ein Ferienaufenthalt an der sibirischen Riviera zu empfehlen. (FR 24. November)

Mario Florin (1949), studierte Germanistik und Theologie an der Universität Zürich. Promotion in Älterer Germanistik mit einer Arbeit über Luthers Auslegung der Sieben Busspsalmen. Veröffentlichungen zu den Themen: Religiöser Sozialismus, Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung, Fotogeschichte.

Adresse des Autors: Dr. Mario Florin, Hardturmstrasse 269, 8005 Zürich